

Von Sacha Wigdorovits

Am 26. Januar 2026, zweieinviertel Jahre nach seiner Ermordung und anschliessenden Entführung, hat die israelische Armee IDF auf einem Friedhof bei Gaza-Stadt die Leiche von Ran Gvili gefunden und nach Israel zurückgebracht – der letzten noch nicht geborgenen Geisel des Massakers vom 7. Oktober 2023. Damit ist es das erste Mal seit dem Jahr 2014, dass in Gaza kein Israeli, lebend oder tot, von palästinensischen Terroristen gefangen gehalten wird.

Die Rückführung von Ran Gvili wurde in Israel und von der jüdischen Gemeinschaft weltweit von grossen Emotionen und auch grosser Erleichterung begleitet. Aber niemand gibt sich der Illusion hin, dass der Frieden zwischen Israel und den Palästinensern dadurch vorangekommen ist.

Zwar wurde damit die erste Phase des 20-Punkte-Friedensplans von US-Präsident Donald Trump abgeschlossen. Und als Folge davon hat Israel eingewilligt, den nach Ägypten führende Grenzübergang von Rafah für den Personenverkehr wieder zu öffnen – mit genauer israelischer Kontrolle, wer ihn passiert. Und schon vor der Rückführung von Ran Gvili hatte Präsident Trump Details zu seiner [Friedensorganisation für Gaza](#) bekanntgegeben und verlauten lassen, wer darin mitwirken soll.

Doch was als nächstes geschieht, ist weiterhin ungewiss. Denn auf dem Plan steht jetzt – mindestens theoretisch – der grösste und schwierigste «Brocken» des ganzen Planes: die Entwaffnung der Terrororganisation Hamas und Demilitarisierung von Gaza. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau des Küstenstreifens und auch für den weiteren Rückzug der Israel Defense Forces IDF. Diese hatte im vergangenen Oktober vereinbarungsgemäss ihre zuvor eroberten Stellungen aufgegeben und sich hinter die sogenannte «Gelbe Linie» zurückgezogen.

Wie und ob überhaupt die Entwaffnung der Hamas Tatsache wird, darüber zirkulieren derzeit höchst unterschiedliche Informationen. Von amerikanischer Seite wird Zuversicht verströmt, dass die Terrororganisation die Waffen niederlegen und abgeben werde. Zunächst würde die Hamas die schweren Waffen, insbesondere ihre Raketen und die Pläne ihres Tunnelnetzwerks übergeben. Dann werde ein Rückkaufprogramm für ihre leichten Waffen gestartet, die Gewehre, verlautet aus Washington.

Hamas selbst verspricht zwar, man werde die im Rahmen des Friedensplanes vorgesehene palästinensische Technokratenregierung für Gaza unterstützen. Aber von einer Zustimmung zu einer vollständigen Entwaffnung kann nach Aussage der Terrororganisation nicht die Rede sein. Im Gegenteil, sie hat erklärt, sie sei bereit, im Rahmen der neuen Administration Polizeiaufgaben zu übernehmen.

Damit würde man den Bock zum Gärtner macht. Denn Hamas hat in Gaza nicht nur die israelische Armee bekämpft, sondern sie ist auch mit äusserster Brutalität gegen verfeindete palästinensische Fraktionen vorgegangen. Vor allem aber würde Israel es nie akzeptieren, wenn jene Terroristen, die am 7. Oktober 2023 1'200 Babys, Kinder, Frauen, Männer bestialisch misshandelt und ermordet haben, dadurch amnestiert würden, dass sie ihre Kampf- gegen eine Polizeiuniform eintauschen. Insgesamt ist dabei von 10'000 Hamas-Kämpfern die Rede.

Auffallend still ist es um die im Friedensplan vorgesehene sogenannte Stabilisierungstruppe (International Stabilization Force ISF) geworden. Diese sollte bei der Demilitarisierung von Gaza eine führende Rolle einnehmen. Aber im Zusammenhang mit der Entwaffnung der Hamas – ohne die eine Demilitarisierung unmöglich ist – ist von der ISF schon seit langem nicht mehr die Rede.

Bekannt ist auch noch nicht, wie die ISF finanziert werden soll und wer ihr angehören wird. Zwar sind verschiedene Länder, wie beispielsweise Italien, angefragt worden, ob sie mitmachen würden. Und andere haben von sich aus ihre Bereitschaft bekanntgegeben, sich zu beteiligen. So hat zum Beispiel die Türkei zugesichert, Truppen zur Verfügung zu stellen, und auch Katar ist dafür im Gespräch. Die beiden Staaten sind neben dem Iran die Hauptunterstützer der Hamas. Deshalb ist eine Truppenpräsenz von ihnen in Gaza für die israelische Regierung unannehmbar, und das hat sie auch bekanntgegeben. Somit steht bezüglich der IFS bisher nur fest, dass sie vom amerikanischen Generalmajor Jasper Jeffers kommandiert werden soll.

Die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist über die schleppende weitere Umsetzung des Gaza-Friedensplans nicht unglücklich. Denn erstens bleiben ihr so Handlungen oder Eingeständnisse erspart, an denen das Regierungsbündnis zerbrechen könnte (zum Beispiel bei einem Entgegenkommen der USA gegenüber der Hamas in der Entwaffnungsfrage). Vor allem aber ist ihr aussenpolitisches Augenmerk derzeit auf den Iran gerichtet. Denn dort könnte US-Präsident Trump in den nächsten Tagen versuchen, mit militärischen Mitteln das beim eigenen Volk verhasste Mullah-Regime zu stürzen. In eine solche Konfrontation würde Israel mit



Gaza: Warten auf den nächsten Schritt – und einen Krieg gegen den Iran

Sicherheit involviert. Die Regierung in Teheran hat bereits offiziell verkündet, sie mit aller Härte gegen Israel zurückzuschlagen, falls sie von den USA angegriffen werde.

Es ist deshalb nicht auszuschliessen, dass die IDF sich aktiv an einer Attacke der USA auf den Iran beteiligen würden. Denn Angriff ist bekanntlich die beste Verteidigung. Diese Doktrin verfolgt der jüdische Staat nicht erst seit letztem Jahr, als er den 12-Tage-Krieg gegen den Iran gewann, sondern bereits seit 1967. Damals überrumpelte und besiegte Israel mit einem Überraschungsangriff Ägypten, Jordanien, Syrien und Irak, die sich zur Vernichtung des jüdischen Staates verbündet hatten – und zwar in der Hälfte der Zeit wie letztes Jahr den Iran. Ohne Unterstützung der USA.

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die SonntagsZeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.